

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 21 - Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein

Dazu sagt die bildungs- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 325.07 / 12.07.2007

Statt in Warteschleifen in schulische und überbetriebliche Ausbildungsplätze investieren!

Die IHK spricht in einer Presseerklärung vom 2. Mai 2007 von einem Bilderbuchstart auf dem Ausbildungsmarkt mit einer steigenden Zahl von eingetragenen Lehrverträgen. Und in der Halbzeitbilanz vom 2. Juli 2007 ist die Zahl der eingereichten Ausbildungsverträge um 13,9 Prozent gestiegen.

Dank des Engagement der türkischen Gemeinde und der Kammern erwerben auch mehr Betriebe von MigrantInnen die Ausbildereignungsprüfung, und die Handwerkskammer geht sogar auf Akquise für Ausbildungsplätze in Teilzeit, um jungen Müttern die Ausbildung zu ermöglichen.

Der Bericht der Landesregierung zur beruflichen Bildung kann es nicht verhehlen: Dies ist nur die halbe Wahrheit. Ohne die vielen Warteschleifen - finanziert aus den verschiedensten Landes-, Bundes- und EU- Etats - säßen viele Jugendliche auf der Straße. Nach Berechnungen des DGB gab es im Mai 2007 sogar 3,7 Prozent weniger Ausbildungsstellen als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Neben den 33.000 Schülerinnen und Schüler, die 2007 die Schule verlassen, gibt es zudem eine immer höher werdende Bugwelle von AltbewerberInnen. Deren Anteil ist in diesem Jahr erneut gestiegen, er liegt bei der Gesamtbewerberzahl bei fast 57 Prozent.

1/2

Vollzeitschulische Berufsausbildung ist kein Wunschmodell der Grünen, uns ist eine betriebliche Ausbildung im dualen System sehr viel lieber. Nicht zuletzt, weil häufig nach der Ausbildung die Übernahme in den Ausbildungsbetrieb erfolgt. Wir müssen aber handeln, um den Jugendlichen eine Perspektive zu geben und damit der Gesellschaft zu erlauben, diese Talente für ihre Entwicklung zu nutzen.

Die Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 23. März 2005 hat im Paragraf 6 die Erprobung neuer Ausbildungsberufe, Ausbildungs- und Prüfungsformen ermöglicht. In vier Bundesländern sind inzwischen entsprechende Verordnungen erlassen worden, die eine Anerkennung von vollzeitschulischen Ausbildungsgängen durch eine Kammerprüfung vorsehen. Warum gehört Schleswig Holstein nicht schon längst dazu?! Die Beruflichen Schulen können rasch in die Lage versetzt werden, vollzeitschulische Ausbildungsgänge durchzuführen und wollen dies auch.

Der Paragraf 69 beschreibt Qualifizierungsbausteine, die als inhaltlich und zeitlich abgegrenzte Lerneinheiten aus den Inhalten anerkannter Ausbildungsberufe entwickelt werden.

Darüber sollen AnbieterInnen der Berufsausbildungsvorbereitung zertifizierte Bescheinigungen ausstellen. Anrechnungsmöglichkeiten der Qualifizierungsbausteine sind überall zu stärken, da nur so aus „Warteschleifen“ „produktive Lernketten“ entstehen. Betriebe, betriebsähnliche Lernorte und Schulen können auf diese Weise auch für schulmüde Jugendliche ein attraktives Angebot machen.

Wir Grünen sehen in dem Erwerb von arbeitsmarktgängigen Teilqualifikationen durch Jugendliche eine bessere Chance auf Beschäftigung als durch das „Parken in Warteschleifen“, und deshalb halten wir es für unverantwortlich, dass Landtag und Landesregierung – wie der Bericht dokumentiert - viel Geld in Maßnahmen, aber nicht zielgerichtet in die Zukunft der jungen Leute investiert.
